

# BULLETIN N°77 - Dezember 2021

## BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN

Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder,

das Jahr neigt sich dem Ende zu, und wir haben beschlossen, es mit dieser Ausgabe des Bulletins zu beenden, in der es um eine Union des Mehrwerts geht. Aufgezeigt wird der zusätzliche Wert, der sich aus einer EU-Maßnahme gegenüber der Maßnahme eines einzelnen Mitgliedstaates ergibt. Wie wir wissen, muss man sich Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen stellen, und die europäische Perspektive ist notwendig, um eine breitere Wirkung auf die Zukunft unseres Kontinents zu erzielen. Die Artikel zu dem Schwerpunktthema befassen sich mit verschiedenen politischen Bereichen, in denen eine Union des Mehrwerts eine wichtige Rolle spielt, wie z. B. der steuerlichen Entwicklung der EU und den Kohäsionsfonds.

In der Rubrik „Aktuelles“ sind zwei Artikel der Situation in Afghanistan gewidmet, insbesondere dem Konzept „Demokratie“.

Der VEM war im Herbst sehr aktiv und organisierte zahlreiche Aktivitäten. Unser Verwaltungsausschuss traf sich erneut persönlich in Brüssel und führte fruchtbare Diskussionen über künftige Aktivitäten und Programme des VEM. Wir organisierten auch unseren Besuch in dem Land, das den EU-Vorsitz innehat: Slowenien. In dieser Ausgabe finden Sie einen Bericht über diesen Besuch. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Slowenien für seine Unterstützung und Zofija Mazej Kukovic für ihre Hilfe bei der Organisation dieses Besuchs zu danken. Wir haben uns sehr gefreut, mit Vertretern des Parlaments und der Regierung zusammenzukommen, um die aktuellen Prioritäten des slowenischen Vorsizes und die Herausforderungen der EU wie die Rechtsstaatlichkeit und die Erholung von der Pandemie zu erörtern.

Im Herbst fanden zwei Veranstaltungen „Librorum“ statt. Wir präsentierten und diskutierten das Buch von Zofija Mazej Kukovic „Start up Europe“ und das Buch von Cristiana Muscardini, „I nostri domiciliari“ (Unser Hausarrest). Angesichts des großen Interesses an diesen Buchpräsentationen werden wir im Jahr 2022 vier neue Ausgaben organisieren.

Wenn Sie ein Buch veröffentlicht haben und eine Rezension für die nächste Ausgabe des Bulletins schreiben möchten, lade ich Sie herzlich ein, sich an das Sekretariat zu wenden.

Wir beendeten das Jahr mit der Abschlussveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des VEM am 7. Dezember und Roberta Metsola, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, beehrte uns mit ihrem Besuch. Dank der kontinuierlichen Unterstützung durch das Europäische Parlament können wir unser Netzwerk aufrechterhalten und erfolgreiche Programme und Aktivitäten durchführen.

Wir haben uns sehr gefreut, hochrangige Redner und Experten begrüßen zu dürfen, die über die Konferenz zur Zukunft Europas diskutierten, insbesondere über die Strategie des grünen Wandels und ihre Auswirkungen auf die Aufbaumaßnahmen nach Covid. An diesen beiden Tagen feierten wir auch das 15-jährige Bestehen des Programms „EP to Campus“ und freuten uns über die Anwesenheit von Mariya Gabriel, Kommissionsmitglied für Innovation,

Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, der Rektorin des Europakollegs Federica Morgherini, Professor Marc Arwed Rutke, Professor Natalia Cuglesan und Professor Vlad Vernygora. Sie gaben uns einen Einblick in den Lernwert des Programms „EP to Campus“ für ihre Studierenden und in die Herausforderungen des Lehrens europäischer Themen.

Ich möchte allen Mitgliedern danken, die in all den Jahren an dem Programm teilgenommen haben. Vielen Dank für Ihr Engagement. Auch im Jahr 2022 wird „EP to Campus“ zahlreiche Universitäten besuchen, hoffentlich auch mit Präsenzveranstaltungen.

Im nächsten Jahr wird der VEM seine Aktivitäten mit einem VEM-Besuch in Frankreich im Februar fortsetzen, um mehr über den EU-Ratsvorsitz zu erfahren. Der Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas wird ein wichtiger Moment des Vorsitzes sein, den wir als ehemalige Mitglieder sehr genau verfolgen. Ich freue mich darauf, viele von Ihnen in Frankreich zu sehen.

Vielen Dank an alle, die zur Dezember-Ausgabe und zum Erfolg unserer Tätigkeiten beigetragen haben. Ich wünsche Ihnen frohe und erholsame Feiertage.

Frohe Weihnachten und kommen Sie gesund ins neue Jahr 2022.

***Hans-Gert Pöttering***  
Präsident der VEM

## NEUIGKEITEN

### **Das Manifest der Europäischen Verfassung – 80 Jahre später**

Das Manifest von Ventotene wurde 1941 auf der gleichnamigen kleinen Insel im Mittelmeer verfasst. Es war Vorbote und in vielerlei Hinsicht bereits Vorläufer einer europäischen „Verfassung“. Die Verfasser waren italienische Staatsbürger, die der persönlichen Freiheit beraubt worden waren: Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni. Das Manifest war nicht nur ein Akt des Widerstands gegen das totalitäre „Staatsmodell“, das damals in Europa vorzuherrschen schien (und nicht nur im faschistischen italienischen Staat). Es war vor allem ein subversiver Akt „revolutionärer“ Natur, denn darin wurde das Dogma der absoluten staatlichen Souveränität radikal abgelehnt.

Mit der italienischen Verfassung von 1948 floss dieses Programm erstmals in eine juristische Formel ein. Genauer gesagt, in Artikel 11, demzufolge Italien den Beschränkungen der staatlichen Oberhoheit zustimmt, sofern sie für eine supranationale Rechtsordnung nötig sind.

Dies war nicht nur eine italienische „Verfassungsrevolution“: Damit wurden alle zentralen Konzepte des europäischen Konstitutionalismus auf den Kopf gestellt. Ein Jahr später schlug die Verfassung von Bonn dieselbe Richtung ein, danach folgten schrittweise die Beitrittsstaaten. Der Rest ist Geschichte.

Diese Klausel zur Beschränkung der Souveränität wurde in der Folge zum Vorbild für die Verflechtungen zwischen nationalen Verfassungen und einer supranationalen Verfassung.

Durch die gegenseitige Überschneidung von Rechtsordnungen entsteht so „Einheit in Vielfalt“: Auf der einen Seite ein „einheitlicher institutioneller Rahmen“, damit die „allgemeine Ordnung“ erhalten bleibt, von der in dem Manifest die Rede ist, auf der anderen Seite die Aufnahme der „gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten“ nach Artikel 6 EUV in das Unionsrecht. Die Legitimierung der europäischen Rechtsordnung beruht somit auf der Fähigkeit, das Mindestmaß an Vielfalt einzubeziehen, das erforderlich ist, um die nationale Identität zu erhalten, die in den grundlegenden Strukturen des Mitgliedstaats zum Ausdruck kommt.

Die in dem Manifest vorgesehene supranationale Ordnung muss mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet sein, um die „allgemeine Ordnung“ aufrechtzuerhalten, muss aber gleichzeitig den Staaten „jene Autonomie belassen [...], die eine plastische Gliederung und die Entwicklung eines politischen Lebens gemäß den besonderen Wesensmerkmalen der verschiedenen Völker gestattet“.

Allgemein ist bekannt, dass die Verfasser des Manifests das im Sinn hatten, was sie darin als „internationalen Staat“ in einem abgeschlossenen föderalen System bezeichnen sollten. Dabei stellten sie jedoch nicht den Wert der nationalen Ideologie als „höchst wirksame[r] Sauerteig des Fortschrittes“ in Frage. Stattdessen warnten sie vor der Entartung des Nationalismus zu einer Verschweißung mit dem Dogma des staatlichen Absolutismus.

In diesem Sinn werden in dem Manifest anscheinend die „identitätsbezogene“ Nationalität – die als wesentlich anerkannt wird – und die „souveräne“ Nationalität gegenübergestellt, die wiederum bekämpft wird, gerade weil sie als populistische Triebkraft mit dem staatlichen

Absolutismus in seiner schlimmsten Form verbunden ist: dem Totalitarismus. Grundlegend für diese Unterscheidung sind die Worte, mit denen in dem Manifest die Legitimität des Rechts auf Einmischung der supranationalen Ordnung in das institutionelle Leben der Mitgliedstaaten untermauert wird: „Als absurd erwiesen hat sich das Nichteinmischungsprinzip, wonach es jedem Volk freigestellt sein soll, sich nach Belieben eine despotische Regierung zu geben. Als ob die interne Verfassung eines Staates nicht von vitaler Bedeutung für alle anderen europäischen Länder wäre!“

Die stetige Umwälzung des alten Staatswesens – auf dem die Ordnung der EU beruhen wird – wird ständige Gegenrevolutionen im Namen hartnäckiger souveränistischer Ideen hervorrufen, die zuweilen von nationalen Rechtsprechungen unterstützt werden, die so weit gehen, dass sie mit dem „Primat“ des europäischen Rechts genau das supranationale Gebäude in Frage stellen, das im Manifest theoretisiert und im Laufe der Jahre aufgebaut wurde. Doch das Manifest begann mit „der Vorbereitung der Zukunft“ ganz ohne leichte Illusionen, in dem Bewusstsein, das in seinen Formulierungen zum Ausdruck kommt: „Der Weg, der uns erwartet, wird weder bequem noch sicher sein. Wir müssen ihn jedoch beschreiten“. Und genau diese Pflicht ist heute aktueller denn je.

### **Andrea Manzella**

PES, Italien (1994 - 1999)

an.manzella@gmail.com

## **Modelle und Paradoxien der Demokratie**

Einer der jüngsten Sprüche des chinesischen Präsidenten Xi Jinping lautet: „Ob die Schuhe passen, weiß man erst, wenn man sie trägt“, woran sehr gut abzulesen ist, in welche Richtung sich die Welt entwickelt, was die unterschiedlichen Modelle der Demokratie und die damit verbundenen universellen Rechte anbelangt. Durch die Causa Afghanistan, in der es im August 2021 zum Abzug der ausländischen Truppen mit all ihren Folgen gekommen ist, wurde erneut die Debatte über das Konzept der Demokratie und die Frage, in wieweit sie überhaupt in andere Länder exportiert werden kann, losgetreten.

Tatsächlich hat sich in den letzten zehn Jahren infolge der immer rascher voranschreitenden Globalisierung und der Anpassung des Völkerrechts an die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Großmächte eine gewisse Skepsis in die politischen und kulturellen Diskussionen geschlichen, sodass bereits von einem Ende der „Epoche des Rechts“ gesprochen wird.

Es wird zwar der Wert der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 anerkannt, in erster Linie das Recht auf „Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Artikel 3), gleichzeitig aber angeführt, die bürgerlichen und politischen Rechte könnten unmöglich losgelöst von den sozialen Rechten betrachtet werden, und auf den Widerspruch zwischen dem angeblichen Universalismus der Erklärung und ihrem auf dem westlichen Individualismus beruhenden Ansatz hingewiesen.

Die derzeit geführte Diskussion über die Krise der Demokratie muss auch in diesem Zusammenhang gesehen werden, wobei sie derzeit um die zentrale Frage kreist, ob „westliche“ Modelle in anderen Teilen der Welt überhaupt auf fruchtbaren Boden stoßen können. Wenn man es zuspitzt, so streitet man in dieser Kontroverse darüber, ob Demokratie exportiert werden kann oder nicht.

Wenn man es nur unter diesem Blickwinkel betrachtet, so läuft man Gefahr, dass diese Debatte wenig ergiebig ist oder gar in die Irre führt. Zu Beginn dieses Jahrhunderts musste wir uns mit zwei Doktrinen auseinandersetzen, nämlich der Auffassung von George W. Bush, wonach Demokratie mit Waffengewalt exportiert werden kann (siehe Irak), und der Sichtweise, wie sie sich in Europa durch den Erweiterungsprozess der Europäischen Union manifestierte. In diesem Prozess haben viele osteuropäische Länder die demokratischen Parameter Europas übernommen, indem sie diese in ihren eigenen Verfassungen verankert haben, wobei dieser Wandel hin zu demokratischen Verhältnisse infolge der mangelnden Unterstützung einer angemessenen Wirtschafts- und Sozialpolitik jedoch unvollständig geblieben ist. Beide Strategien sind am Ende gescheitert; die erste, weil Probleme niemals mittels Krieg gelöst werden können, und die zweite, weil Europa offenkundig überhaupt keine politische und programmatische Rolle bei der Steuerung des Integrationsprozesses zugeordnet wurde. Dies zeigt, dass es dabei eigentlich gar nicht um die Exportfähigkeit oder -unfähigkeit der Demokratie geht, sondern vielmehr darüber nachgedacht werden muss, was tatsächlich exportiert werden und wie dies geschehen kann.

Nach dem Gleichnis von Xi Jinping scheint es eine eindeutige Lösung für das Problem zu geben, indem jedes Land selbst über sein Schicksal und sein eigenes Regierungsmodell entscheidet. Damit soll diese Frage ein für allemal geklärt sein.

Diese These stößt immer mehr auf Akzeptanz, nicht zuletzt dadurch, dass die Menschen im Westen die Frage der Demokratie auf die bloße Stimmabgabe reduziert haben. Dies ist natürlich ein wichtiger, aber kein hinreichender Punkt, da damit nicht all die vertrackten und komplexen Mechanismen der Demokratie erfasst werden können. Und wenn die Begriffe wie „Vertretung“, „kollektives Interesse“ und „Souveränität des Volkes“, wie sie von Max Weber im letzten Jahrhundert herausgestellt wurden, in den oligarchischen Eliten, die unsere westlichen Demokratien regieren, an Leuchtkraft verlieren, weil diese die Bedürfnisse der weniger wohlhabenden Klassen und der Mittelschicht nicht mehr im Blick haben und sich davon entfremdet haben, wird es auch keine aktive Beteiligung der Bürger mehr geben, und ihr Gefühl der Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen und demokratischen Gemeinschaft geht verloren.

Ein derart reduziertes Demokratieverständnis wird auch von vielen Staaten als willkommener Anlass gesehen, um Fragen im Zusammenhang mit den Rechten der Menschen von der Tagesordnung zu streichen und Appelle oder Resolutionen supranationaler Gremien unbeantwortet zu lassen.

Die Covid-19-Pandemie wurde in vielen Ländern zudem auch dazu genutzt, um gegen politische Gegner, Menschenrechtsverteidiger und nichtstaatliche Organisationen vorzugehen.

Das Paradoxe an dem Gleichnis von Xi Jinping ist, dass damit zwar die Unmöglichkeit des Exports der westlichen Demokratie in die ganze Welt zum Ausdruck gebracht wird, aber auch ihre zunehmende Verseuchung durch undemokratische, illiberale und despotische Modelle. Letztere werden lediglich mit einer demokratischen „Fassade“ kombiniert. In diesem Paradoxon wird die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich, da die chinesische Politik dank ihrer enormen wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen immer mehr Länder „kauft“ und ihrer Herrschaft unterwirft, und zwar durch eine noch nie dagewesene Form des externen Kolonialismus, mit dem diese Länder ihrer Freiheit und ihrer Zukunft beraubt werden.

Die Schuld liegt zu einem großen Teil bei den Menschen im „Westen“, die in ihrer Politik oft alte neokoloniale Laster und eine rüpelhafte Auffassung von Realpolitik übernommen haben, und dieser moralische Verfall ist eine der Ursachen für die Probleme, vor denen wir heute stehen. Dies ist der Grund dafür, warum Europa eine immer geringere und weniger gewichtige Rolle spielt.

Heute werden die Demokratie und die Rechte der Menschen an mehreren Fronten frontal angegriffen, zum Beispiel durch Konflikte und Kriege, von der Wirtschaft und der Finanzwelt sowie durch neue Technologien (man denke nur an den jüngsten Fall der Pegasus-Software, die von Regierungen zu Spionagezwecken genutzt wird) und auch durch Pandemien.

Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, die Frage der Demokratie, der Menschenrechte und der Bekämpfung der Straflosigkeit mit Nachdruck neu zu stellen. All dies muss durch ständiges Werben

um die Aufmerksamkeit einer verängstigten, verwirrten und zum Teil auch schlafenden öffentlichen Meinung erreicht werden. Auch müssen wir ständig vor möglichem Missbrauch auf der Hut sein, dem viele Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen zum Opfer fallen könnten. In internationalen Foren muss auf die Länder hingewiesen werden, die ungestraft Menschen töten oder inhaftieren, die eine andere Meinung als die der Machthaber vertreten. Dies muss geschehen, weil es unsere eindeutige moralische, ethische und politische Pflicht ist. Eine Pflicht, die der Philosoph Immanuel Kant, der die neue ethische Sensibilität des modernen Zeitalters einläutete, auf eine einfache und klare Formel gebracht hat, nämlich, dass man stets die eigene Würde und die der anderen Menschen achten muss. Die einzelne Person ist mit einem absoluten Wert ausgestattet und verdient als solche bedingungslosen moralischen Respekt.

**Pier Antonio Panzeri**

S&D, Italien (2004 - 2019)

[panzeri.pierantonio@icloud.com](mailto:panzeri.pierantonio@icloud.com)

### **Afghanistan: Zurück ins Jahr 2001**

Bisweilen scheint es, dass die Geschichte tragische Wendungen vollzieht.

Jetzt, wo die Lichter in Kabul ausgehen, ist es angebracht, sich die Ereignisse im Jahr 2001 und das Engagement des Europäischen Parlaments und seiner Präsidentin bei der Akte Afghanistan in Erinnerung zu rufen. Am 5. April 2001 hatte Nicole Fontaine den Mut, Kommandant Masud nach Straßburg einzuladen. Er verließ das Pandschschir-Tal und wurde im Europäischen Parlament – erstmals auf einer solch hohen politischen Ebene – empfangen. Masud, in Begleitung von Vertretern der verschiedenen Ethnien in Afghanistan, warnte vor der drohenden Gefahr durch Al-Qaida.

Weniger als einen Monat später, am 5. Mai, wurden drei Frauen empfangen, die heimlich aus Afghanistan ausgereist sind. In ihrer Burka legten sie vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und dem Ausschuss für die Rechte der Frau Zeugnis ab und machten die internationale Gemeinschaft auf das Schicksal der Frauen und ihre schrecklichen Lebensbedingungen unter dem Taliban-Regime aufmerksam.

Auf Empfehlung von Masud ersuchte Nicole Fontaine um ein Treffen mit dem früheren König Zahir Shah, zumal der Kommandant der Ansicht war, dass dieser die Eintracht in dem Land wiederherstellen könnte. Ironischerweise fand dieses Treffen in Rom am Tag der Angriffe auf das World Trade Center statt. Unterdessen fiel Masud einem Selbstmordanschlag zum Opfer, der von zwei Al-Qaida-Mitgliedern im Pandschschir-Tal begangen wurde. Er starb am 9. September, die Nachricht von seinem Tod wurde am 16. September bekannt.

**Etienne BASSOT**

Direktor

Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst

Direktion Wissenschaftlicher Dienst für die Mitglieder

## **Vorgehen und wachsen - aus Krisen gestärkt hervorgehen**

Für mich war Myanmar (Burma) in den letzten vier Jahren mein Zuhause, bis der Militärputsch am 1. Februar 2021 meine Hoffnungen und Pläne für eine Zukunft in diesem Land zerstörte. Es war nicht Covid-19, sondern die völlig unsicheren Lebensumstände.

Wie kam ich, eine junge Berufstätige aus Deutschland, dazu, an einem so weit entfernten und kulturell völlig verschiedenen Ort zu leben?

1989 in das sich gerade vereinigende Deutschland hineingeboren, wuchs ich mit einem starken Bewusstsein für Europa als meine Heimat auf. Ich sah mich als eine überzeugte Europäerin. Noch bevor ich auf die weiterführende Schule kam, hatten mich meine Eltern auf Reisen nach Dänemark, Schweden, in die Niederlande, nach Frankreich, Österreich und Italien mitgenommen. Ich habe an Universitäten in Maastricht, Porto und London studiert. Und ich erwarb gute Kenntnisse der englischen, französischen, spanischen, portugiesischen und niederländischen Sprache.

Meine Zugehörigkeit zu Europa steht auch im Mittelpunkt der beiden am meisten lebensverändernden und Karriere bestimmenden Momente in meinem bisherigen Leben:

1. Einer davon ist aus offensichtlichen Gründen das Brexit-Votum für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, das mich 2018 dazu gezwungen hat, mein Zuhause und meine Arbeit in London aufzugeben, obwohl ich in den vergangenen Jahren für das britische Parlament und Außenministerium gearbeitet habe.

2. Der zweite Moment ist der jüngste Militärputsch in Myanmar. Zum ersten Mal wurde mir klar, dass meine europäische Bürgerschaft und mein Reisepass, die mir bisher den privilegierten Zugang zu vielen Ländern der Welt ermöglichten, mich in dieser Situation nicht schützen konnten.

Im Jahr 2018 hat mich die Erfahrung, mein Zuhause in London zu „verlieren“, dazu gebracht, aus einer Laune heraus nach Myanmar zu ziehen und mit 28 Jahren und nur wenigen beruflichen Kontakten meine eigene Beratungsfirma zu gründen.

Ich arbeitete an einem Projekt, das dem Parlament der Union von Myanmar in Naypyidaw, dem „Brasilia von Myanmar“, parlamentarische Expertenhilfe bot. Myanmar war keine naheliegende Entscheidung für mich - ich habe mich an der Universität auf Sicherheit im Nahen Osten spezialisiert (ich habe sogar sieben Jahre lang Arabisch gelernt und für kurze Zeit in Jordanien und Marokko gelebt), ich verabscheue Hitze, Menschenmassen und Chaos, und ich wusste nichts über die burmesische Geschichte, Kultur, geschweige denn die Sprache(n).

Und doch - ich habe in Myanmar das gefunden, wovon ich nicht wusste, dass ich danach gesucht hatte: eine Gemeinschaft von Menschen, die mich ständig mit ihrem unbeirrbaren Optimismus, ihrer Kreativität und ihrem Drang nach Wachstum und Innovation inspirierten.

Da ich von dieser Gemeinschaft mit offenen Armen aufgenommen wurde, gründete ich eine myanmarische Niederlassung meiner Beratungsfirma, die von einem meiner Mitarbeiter aus Myanmar geleitet wird, und unterstütze weitere junge Fachleute aus dem Land, die sich auf Entwicklungsevaluierung spezialisieren wollen.

Ich fühlte mich schuldig dabei, weiterzuziehen und neue Pläne zu machen, während meine Kollegen und Freunde in Myanmar dieses Privileg nicht hatten. Jetzt ist mir klar geworden, dass ich genau aus diesem Grund die Verantwortung habe, weiterhin Entwicklungsorganisationen zu unterstützen, die in Myanmar arbeiten, damit nicht die bösen Kräfte, die wollen, dass wir unsere Unterstützung für die Menschen dort einstellen, die Oberhand gewinnen.

Ich ziehe nach Berlin, um gleichgesinnte junge Entwicklungsfachleute zu finden, die sich im selben Bestreben meiner Beratungsfirma anschließen wollen. Ich fange wieder bei Null an.

Ich habe gelernt, dass jedes Ende eine Chance für den Beginn von etwas Neuem und Aufregendem in sich birgt. Ich werde meinen europäischen Pass auch weiterhin für die Suche nach ihm einsetzen.

**Frederike Luise Engeland**

Beraterin für strategische Planung, Überwachung, Bewertung und Lernen  
frederikeengeland@gmail.com

interviewt von **Brigitte Langenhagen MdEP 1990 - 2004**



## VEM-AKTIVITÄTEN EP TO CAMPUS-PROGRAMM

Im vergangenen November habe ich im Internet eine Diskussion mit Studenten aus unterschiedlichen Ländern geführt, die derzeit im Studiengang „European Cultures & Society“ (Kulturen und Gesellschaft Europas) an der Europa-Universität Flensburg eingeschrieben sind. Unsere Debatte hatte „Europa als Bildungsraum“ mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen zum Thema und war von Frau Professor Anke Wigger angestoßen worden.

In der Vorbesprechung stellte sie mir die Ergebnisse einer Umfrage unter ihren Studenten vor, in der diese auf menti.com ihre Kompetenzen in verschiedenen Bereichen einstufen sollten. Lese- und Schreibfähigkeit, Lernkompetenz und Mehrsprachigkeit standen ganz oben auf deren Liste, während Fähigkeiten in den Bereichen MINT und Unternehmertum am niedrigsten bewertet wurden. Ich war überrascht, dass digitale Kompetenzen mit 5/8 und Bürgersinn gar nur mit 6/8 gewichtet wurden. Kulturelles Bewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit rangierten an vierter Stelle.

Am 18. November 2020 verwendeten wir die erste Hälfte der Sitzung darauf, uns über unsere eigenen Erfahrungen mit informellem Lernen Gedanken zu machen. Dies war vor dem Hintergrund der derzeitigen Pandemie, durch die das normale studentische Leben stark eingeschränkt ist, besonders interessant. Es kam zu einem Austausch zwischen den Studenten, wie sie im Internet auf Lernangebote für eine Vielzahl von nicht zum Lehrplan gehörenden Fächern zugriffen. Eine amerikanische Studentin erklärte, sie habe sich Podcasts zum Thema Kindererziehung angeschaut, eine andere interessierte sich für Anleitungen, wie man gesund bleibt, und mehrere Studenten aus Asien bemühten sich darum, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Generell verfolgten viele auch regelmäßig die Nachrichten. Bei der Erörterung von Lernangeboten und motivierenden Videos im Internet brachten die Studenten auch ihre Schwierigkeiten offen zur Sprache, die sie damit hatten, dass sie weit von ihrer Heimat entfernt und derzeit nicht in der Lage waren, die so überaus wichtigen sozialen Kontakte zu knüpfen, wie es an der Hochschule im Normalfall möglich ist.

Ich berichtete über mein Eintreten für informelle Bildung und lebenslanges Lernen und darüber, wie ich mich dadurch gesellschaftlich engagiert und in den interkulturellen Dialog eingebracht habe, der als Mittel zur Förderung friedlicher Gesellschaften und zur Stärkung der Demokratie dient – Werte, an denen ich mich in meiner parlamentarischen Amtszeit stets orientiert habe. Ich nannte außerdem konkrete Beispiele für die Tätigkeit des CULT-Ausschusses und habe auch über meine Arbeit als Verfechterin der Frauenrechte und Befürworterin der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung in den EU-Organen und darüber hinaus gesprochen.

Des Weiteren erläuterte ich mein Eintreten für die MINKT-Fächer, bei denen im Gegensatz zu den reinen MINT-Fächern die natürlichen Synergien zwischen Wissenschaft und Kunst

Rechnung getragen wird. Auch gab ich einen Abriss über die Entwicklung des Programms Erasmus+, das in zunehmenden Maße auch Randgruppen Chancen eröffnen soll.

Nach der Sitzung habe ich an die Studenten eine Liste mit Lektüreempfehlungen verteilt und sie auf Websites wie „mepranking.eu“ und meine Parlamentsseite hingewiesen. Frau Professor Wigger hat mir einen wunderbaren Dankesbrief geschickt, in dem der Wert des Programms „EP to Campus“ und unser fortlaufendes Eintreten für die europäischen Werte hervorgehoben werden:

„... Sie sind vor allem für junge Frauen ein großes Vorbild und vermitteln ihnen, dass es notwendig ist, für Kunst und Kultur zu kämpfen, und dass es sich lohnt, für die eigenen Überzeugungen einzutreten. Sie sind ein lebendes Beispiel dafür, dass das Europäische Parlament nicht nur aus konservativen weißen Männern besteht.“ Prof. A. Wigger

**Julie Ward**

S&D, Vereinigtes Königreich (2014 - 2020)

[julie4nw@gmail.com](mailto:julie4nw@gmail.com)

**Online-Vorlesung und -Workshop mit Studierenden der Universität Pécs (Ungarn) von Malcolm Harbour, ehemaliges MdEP, am 29. September 2021**

**Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des europäischen Verbraucherschutzes**

Das Europäische Parlament hat eine eindrucksvolle Bilanz vorzuweisen, wenn es um den Einsatz für eine starke Verbraucherschutzpolitik geht. Somit habe ich die Einladung von Dr. Melinda Szappanyos von der Universität Pécs, Fachbereich Politikwissenschaften und Internationale Studien, im Rahmen des „MEP to Campus“-Programms eine Online-Vorlesung und einen Online-Workshop zu diesem Thema abzuhalten, mit großer Freude angenommen. Da ich fünf Jahre lang Vorsitzender des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) war, konnte ich einige historische Hintergründe und einzigartige Einblicke in die vom Parlament für die europäischen Verbraucher geleistete Arbeit vermitteln.

Als Vorbereitung auf die Veranstaltung informierte mich Melinda im Einzelnen über die mit den Studierenden bereits durchgenommenen EU-Verbraucherschutzvorschriften. So konnte ich bei meiner Vorlesung schwerpunktmäßig über den starken Einfluss des Europäischen Parlaments auf die Politikentwicklung und die praktischen, den Verbrauchern zugute kommenden Ergebnisse sprechen.

Wir waren uns ebenfalls einig, dass die Thematik für die Studierenden durch die Arbeit an einem konkreten Fallbeispiel noch interessanter würde. Da die Kommission erst kürzlich ihre Vorschläge für eine Reform der Pauschalreiserichtlinie vorgelegt hat, würden die Studierenden aufgefordert, sich mit einigen Fragen rund um diese Reform zu befassen und diese mit mir bei einem „Workshop“ zu besprechen.

Meine öffentliche Vorlesung wurde auf der Facebook-Seite der Universität übertragen und durch Aushänge bekanntgemacht. Ich sprach über die Entwicklung der Verbraucherpolitik und erläuterte, dass sich der IMCO-Ausschuss als erstes für die 2012 angenommene Verbraucheragenda eingesetzt hatte, auf der die aktuelle, 2020 veröffentlichte Verbraucheragenda der Kommission aufbaut. Ein zentraler Aspekt beider Dokumente war die Notwendigkeit, die Verbraucher zu stärken und ihnen Informationen bereitzustellen, damit sie bewusste Entscheidungen treffen können. Die MdEP sorgten für ehrgeizigere Zielsetzungen in den Kommissionsvorschlägen und drängten auf eine bessere Durchsetzung. Es war ihnen gelungen, Verbraucherrechte in vielen Bereichen zu stärken. Besonders hervorgehoben wurden hierbei die elektronische Kommunikation, das Mobilfunk-Roaming, der Reiseverkehr, die Produktsicherheit und die Lebensmittelkennzeichnung.

Bei meiner Vorlesung sprach ich auch über die Arbeit des derzeitigen Parlaments, die zeigt, dass sein Einsatz für die Verbraucher weitergeht. Die Forderungen des IMCO-Ausschusses nach verbraucherfreundlicheren Maßnahmen im Gesetz über digitale Märkte waren hierfür ein gutes Beispiel. Der anhaltenden Forderung des Parlaments nach einem einheitlichen Ansatz für die Politikgestaltung mit einem eigens für Verbraucherfragen zuständigen Kommissar wurde jedoch nicht nachgekommen.

Nach Abschluss der öffentlichen Vorlesung konnte ich auf weitergehende Fragen der Studierenden zu vielen verschiedenen Themen, einschließlich ihrer Ideen zur Reform der Pauschalreiserichtlinie eingehen. Neben Verbraucherfragen ging es bei unserem Dialog auch um die Zukunft der EU und die Position des Vereinigten Königreichs in einer Welt nach dem Brexit.

Dr. Szappanyos freute sich über die rege Mitwirkung ihrer Studierenden an der Veranstaltung und die Einblicke, die sie durch meine praxisbasierte Perspektive gewinnen konnten. Wir vereinbarten, für 2022 ein weiteres Projekt zu planen und die Aufnahme von mehr Binnenmarkt-Themen in das „MEP to Campus“-Programm zu empfehlen.

***Malcom Harbour***

Vereinigten Königreich

EPP-ED 1999 - 2009, ECR 2009 - 2014

[harbournutlands@sky.com](mailto:harbournutlands@sky.com)

## BESUCH IM RAHMEN DER EU-PRÄSIDENTSCHAFT

### **Reise des VEM nach Slowenien (27.–28. September 2021)**

Der Besuch der VEM-Delegation in Slowenien war der erste persönliche Besuch nach einer langen Zeit der Einschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie. Er war eine gute Gelegenheit, sich die Vorteile des Binnenmarktes wie etwa die Freizügigkeit bewusst zu machen, die bisweilen in Vergessenheit geraten und für selbstverständlich genommen werden. Da es nach wie vor einige Beschränkungen gab und sich die Vorgaben für Reisen von EU-Mitgliedstaat zu EU-Mitgliedstaat unterschieden, war es eine große Herausforderung, geeignete Reisemöglichkeiten zu finden, zumal in der EU durchschnittlich 30 % und nach Slowenien sogar über 50 % weniger Flüge stattfinden. Diese Erfahrung hat klar gezeigt, dass die strategische Autonomie und wirtschaftliche Erholung der EU ohne den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes zur Stärkung des Binnenmarktes nicht möglich sein werden und daher noch mehr in diesen Bereich investiert werden muss.

Mit rund 2,1 Millionen Einwohnern ist Slowenien kein großer Mitgliedstaat. Slowenien war das erste Land, das in der turbulenten Demokratiebewegung der 90er-Jahre seine Unabhängigkeit vom ehemaligen Jugoslawien erklärte und das erste Land in der Region, das 2004 während einer großen Beitrittswelle EU-Mitglied wurde. In den 17 Jahren seiner Mitgliedschaft wurde Slowenien zu einem wichtigen EU-Mitgliedstaat und im zweiten Halbjahr 2021 hat das Land den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne.

Kürzlich haben die Länder der Nachbarregion, der Westbalkan – Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien –, große Aufmerksamkeit von den EU-Hauptstädten als mögliche Kandidatenländer erhalten. Dieses Thema kam auch in der ein oder anderen Weise bei den Sitzungen unserer Delegationen zur Sprache. Alle Länder des Westbalkans sind natürliche Mitglieder der EU, sie kommen aber nicht alle gleichermaßen für einen EU-Beitritt in Betracht. Einige Länder sind bei der Erfüllung der Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft weiter als andere. Die VEM-Delegation hatte zuvor bereits Nordmazedonien virtuell besucht und die Mitglieder waren mit den Herausforderungen und Errungenschaften der Region vertraut.

Aktuell ist die EU institutionell nicht auf die Aufnahme neuer Mitglieder eingestellt und hat hierzu auch nicht genug Kapazitäten. Mit der laufenden Konferenz zur Zukunft Europas soll über den institutionellen Rahmen der EU entschieden werden, was allerdings einige Zeit dauern wird. Deshalb ist es derzeit schwer zu sagen, wann die EU für die Aufnahme der neuen Mitglieder aus dem Westbalkan bereit sein wird. Zur Beschleunigung des Übergangsprozesses als erster Schritt in Richtung EU-Beitritt könnten die Beziehungen zu den Ländern des Westbalkans im Wege von Handelsabkommen im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums gestärkt und die Fachkenntnisse anderer EWR-Mitgliedstaaten genutzt werden. Dynamik spielt bei dem Entwicklungsprozess eine wichtige Rolle.

Trotz aller Probleme und Verzögerungen wirkt sich die Modernisierung des Rechts- und Wirtschaftssystems entsprechend den für einen EU-Beitritt zu erfüllenden Anforderungen langfristig positiv auf die Entwicklung der Länder aus. Es sei darauf hingewiesen, dass die Region (d. h. das ehemalige Jugoslawien) in der Vergangenheit ein fortschrittlicheres Land war als Rumänien oder Bulgarien und die Wirtschaft gut gerüstet ist – allerdings ist der

Prozess zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit nicht friedlich verlaufen und die Balkankriege haben die Länder in ihrer Entwicklung zurückgeworfen – so liegt das in KKP gemessene Pro-Kopf-BIP im Vergleich zum EU-Durchschnitt in Montenegro bei 45 %, in Nordmazedonien bei 37 %, in Bosnien und Herzegowina bei 31 %, in Serbien bei 39 % und in Albanien bei 30 %.

Das VEM-Besuchsprogramm war ein hochrangiges und sehr interessantes Programm, das mithilfe ehemaliger MdEP aus Slowenien auf die Beine gestellt wurde. Die Delegation traf bei einem Abendessen den Staatspräsidenten, tauschte sich mit dem leitenden Politikberater des Präsidenten aus und wohnte der vom slowenischen EPLO organisierten und im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas aus dem Europahaus in Ljubljana im Internet gestreamten Veranstaltung EUROPA – GESTERN, HEUTE, MORGEN mit jungen Menschen bei.

Der Besuch bot Gelegenheit, die slowenische Kultur und Wissenschaft kennenzulernen: Bei einer Sightseeing-Tour wurden die von dem berühmten Architekten Jože Plečnik (1872–1957) entworfenen und zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden Wahrzeichen Ljubljanas gezeigt und bei einem Besuch im Jožef Stefan-Institut wurden die Forschungstätigkeit des Instituts und seine Beteiligung an EU-Forschungsprogrammen vorgestellt und es wurde kurz mit einem Mitglied des Verwaltungsorgans der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) aus Slowenien (ebenfalls ein ehemaliges MdEP) über die Energieherausforderungen der EU diskutiert.

Die Delegationsmitglieder trafen sich mit dem Staatssekretär des Außenministeriums und Co-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas und seinem Team, die ihnen die Agenda des slowenischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union vorstellten. Die Delegationsmitglieder würdigten die hohe fachliche Qualifikation der slowenischen Amtsträger und ließen sie an ihrem Wissen über die EU-Agenda aus historischer Perspektive teilhaben.

Bei ihrem Besuch des slowenischen Parlaments traf sich die Delegation mit dem Präsidenten der slowenischen Staatsversammlung, dem Vorsitzenden des Ausschusses für EU-Angelegenheiten der Staatsversammlung, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses und anderen Mitgliedern beider Ausschüsse; im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs standen die Auswirkungen der Digitalisierung auf demokratische Institutionen.

Am Ende des Besuchs hatten die Mitglieder noch ein sehr herzliches Gespräch mit ehemaligen MdEP aus Slowenien und dem ersten Premierminister des unabhängigen Sloweniens.

***Margarita Starkevičiūtė***

ALDE, Lituanien (2004 - 2009)

[margarita.starkeviciute@gmail.com](mailto:margarita.starkeviciute@gmail.com)

## **Lehren aus der Gegenwart für die Zukunft Europas**

In der Zeit dieses zweiten slowenischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union war es uns eine große Freude, unsere Kollegen aus dem Verein der ehemaligen Mitglieder hier jenseits der Alpen in Slowenien zu treffen. Zusätzlich zu den Treffen mit prominenten politischen Vertretern veranstaltete das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments eine Diskussion zwischen ehemaligen MdEP und slowenischen Studenten.

Wie Jean Monnet schon sagte, ist jede Herausforderung eine neue Chance für Entwicklung, und somit erweist sich die Zeit nach der Pandemie als neue Chance. Junge Menschen gaben an, dass sie mehr Informationen über die EU benötigen, damit sie glauben können, dass bei künftigen Wahlen jede Stimme zählt.

Obgleich es in der EU über 38 Millionen Fälle von COVID-19-Erkrankungen und mehr als 764 000 Tote gegeben hat, sind junge Menschen nicht davon überzeugt, dass die während der Epidemie auferlegte Einschränkungen notwendig waren, nämlich die Einschränkungen in Bezug auf Freizügigkeit, Versammlungen und die Präsenz an Schulen und Hochschulen. Ihre Ablehnung der Einschränkungen wurde auch bei den Demonstrationen gegen diese Maßnahmen und die Impfungen deutlich.

Mein Schwerpunkt in der Debatte über die COVID-19-Krise und die Gesundheitsunion speist sich aus meiner Erfahrung als ehemalige Gesundheitsministerin. Unsicherheit und Solidarität haben uns gelehrt, wie wir in Zukunft handeln müssen. Wir müssen besser vorbereitet sein und uns besser abstimmen. Ich möchte die geschichtsträchtige und wichtige Rolle des Europäischen Parlaments und des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) während der Pandemie hervorheben. Seit dem Ausbruch der COVID-19-Krise hat das ECDC die Behörden der Mitgliedstaaten beraten und wissenschaftsbasierte Anleitungen erstellt. Dies wird in Zukunft sogar noch stärker notwendig sein.

Dank der vernetzten Forschung und Expertise in der EU wurden neue COVID-19-Impfstoffe entwickelt, und die EU führte das digitale COVID-Zertifikat ein, was uns neue Hoffnung auf Freizügigkeit gab. Heute sind im Durchschnitt 72 % der Erwachsenen in der EU vollständig geimpft.

Die Epidemie hatte tiefgreifende Auswirkungen auf unser Leben und führte zu gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Daher muss die EU in der Zeit nach COVID-19 resilienter, nachhaltiger und ökologischer werden. Das ist der Grund, weswegen wir die Gesundheitsunion ins Leben rufen, in deren Rahmen die Vorbereitung und Reaktionsfähigkeit der EU auf Gefährdungen der menschlichen Gesundheit verbessert werden sollen. Die zentrale Säule der Gesundheitsunion ist der HERA-Inkubator der

Forschungsagenda für Europa im Bereich des Gesundheitswesens, durch den damit begonnen wird, das Wissen innerhalb der EU zu vernetzen, und Bedrohungsanalysen durchgeführt und Prognosemodelle entwickelt werden.

Von Mahatma Gandhi stammt die Aussage, dass es nicht möglich ist, die Jugend nur mit Worten zu erziehen, sondern vielmehr durch die Art und Weise, wie wir leben, und durch unser eigenes Beispiel. Gleiches lässt sich von der Politik sagen: Es liegt daher in der Verantwortung des linken und rechten politischen Spektrums, für junge Menschen beispielgebend zu sein, wie wir zusammenarbeiten, Demokratie aufbauen und Solidarität zwischen den Generationen schaffen. Unser Lebensstandard in der EU ist weder gottgegeben noch konstant, und diese Krise wird nicht die letzte sein.

Zofija Mazej Kukovič,

Ehemalige Gesundheitsministerin

Stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats des ECDC *Zofija Mazej Kukovič*,

## **Slowenien – der schwierige Weg in die Unabhängigkeit**

Während des Studienbesuchs der Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments in Slowenien fand ein sehr beeindruckendes Treffen mit unseren ehemaligen Kollegen im Europäischen Parlament Zofia Mazej Kukovič, Alojze Peterle (vielen Kollegen auch bekannt als „der Mann mit der Mundharmonika“) und Jelko Kačin statt. Unser Gespräch war besonders bemerkenswert, weil Slowenien in diesem Jahr den 30. Jahrestag seiner Unabhängigkeit von Jugoslawien feiert und unsere ehemaligen Kollegen in der ersten Reihe der Persönlichkeiten standen, die für einen unabhängigen slowenischen Staat gekämpft haben.

Die revolutionären Ereignisse in Mittel- und Osteuropa führten auch zur Auflösung der Bundesrepublik Jugoslawien und brachten die vielen kulturellen, religiösen und politischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesstaaten Jugoslawiens ans Licht. Für Slowenien eröffnete sich damit zum ersten Mal in der Geschichte der slowenischen Nation die Möglichkeit, einen unabhängigen Staat zu gründen.

Am 23. Dezember 1990 wurde ein Referendum unter den slowenischen Bürgerinnen und Bürgern abgehalten, bei dem 88 % der Wahlberechtigten für die Unabhängigkeit Sloweniens stimmten, und am 25. Juni 1991 erklärte Slowenien seine Unabhängigkeit von Jugoslawien. Doch die Bundesrepublik Jugoslawien bestand damals noch, und die Zentralregierung in Belgrad antwortete mit Krieg, da sie immer noch über die Macht der Streitkräfte der Bundesrepublik Jugoslawien, der Jugoslawischen Volksarmee, verfügte. Die Slowenen hatten jedoch die territoriale Verteidigung Sloweniens aufgebaut, und sie setzten sich im

sogenannten Zehn-Tage-Krieg durch, woraufhin die jugoslawische Volksarmee sich aus dem slowenischen Gebiet zurückzog. Der Weg zu einem unabhängigen Staat war frei.

Alojze Peterle als erster Ministerpräsident Sloweniens, der bereits im Mai 1990 gewählt wurde, und Jelko Kačin als stellvertretender Verteidigungsminister und Sekretär für Information der Republik Slowenien sind die besten Zeitzeugen, die erzählen und erklären können, wie Slowenien ein unabhängiges und gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft wurde, wer ihnen auf diesem Weg geholfen hat, und wie Slowenien im Jahr 2004 der Europäischen Union und der NATO beitrug, im Jahr 2007 den Euro einführte und im selben Jahr ein Teil des Schengen-Raums wurde.

Nun hat Slowenien zum zweiten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen.

Es war mehr als eine lebendige Geschichtsstunde unserer ehemaligen Kollegen und heutigen Mitglieder unseres Vereins. Sie hat uns das Schicksal und die Erfolge des slowenischen Volkes in den letzten drei Jahrzehnten nähergebracht.

***Joachim Zeller***

EPP, Deutschland (2009 - 2019)

[zeller-joachim@web.de](mailto:zeller-joachim@web.de)

Seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie finden viele Sitzungen und Treffen online statt. Dies war seit dem Ausbruch der Pandemie das erste im Land des EU-Ratsvorsitzes stattfindende persönliche Treffen des VEM mit der dortigen Regierung und dem dortigen Parlament. Für mich – den einzigen Briten bei dem Besuch – war es das erste Treffen dieser Art seit Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU.

Bei dem Treffen ging es in erster Linie um den EU-Ratsvorsitz der slowenischen Regierung. Wir hatten ausgezeichnete, von der slowenischen Regierung, dem VEM und dem EU-Büro in Ljubljana sehr gut organisierte Sitzungen.

Die erste Sitzung war eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Zukunft Europas“, die per Stream an verschiedene Organisationen in Slowenien übertragen wurde. Bei der Diskussion waren nur die zuvor vereinbarten Teilnehmer zugelassen. Der VEM war lediglich durch eine ehemalige slowenische Gesundheitsministerin (Zofija Mazej Kukovič), einen ehemaligen Ministerpräsidenten (Alojz Peterle) sowie Hans-Gert Pöttering (Vorsitzender des VEM und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments) vertreten. Bei unseren Sitzungen wurden mehrmals die Auswirkungen des Abzugs der US-Truppen aus Afghanistan auf die Verteidigungs- und Außenpolitik der EU zur Sprache gebracht. In erster Linie wurden hierbei Bedenken über die mangelnde Absprache der USA mit anderen EU- und NATO-Ländern geäußert.

Die zweite Sitzung fand mit Dr. Petrič, Chefberater des Präsidenten, statt. Wir sprachen über Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft der Länder des westlichen Balkans. Im



Verlauf unserer Sitzungen stellte ich einen gewissen Pessimismus fest, mir wurde aber auch bewusst, wie wichtig es ist, in dieser Frage voranzukommen. Bisweilen merkte ich, dass Slowenien empfindlich auf die Bezeichnung als Land „des westlichen Balkans“ reagiert und eher auf seine Beziehung zu Österreich verweist. Es wurde angemerkt, dass das Fehlen des Vereinigten Königreichs bei EU-Sitzungen bedauerlich sei, nicht zuletzt aufgrund der ausgezeichneten Arbeit des britischen Außenministeriums.

Anschließend gab es ein Mittagessen mit mehreren Staatsbediensteten im Laibacher Schloss, zu dem der Staatssekretär geladen hatte.

Herr Dovžan sprach in erster Linie über den slowenischen Ratsvorsitz. Seine Rede zeugte von einem klaren Verständnis von EU-Fragen. Die VEM-Mitglieder sprachen die Frage der Rechtsstaatlichkeit an, wobei es hauptsächlich um Ungarn und Polen ging, aber auch das Vereinigte Königreich im Zusammenhang mit Nordirland erwähnt wurde. Ich nutzte diese Gelegenheit, um diesen Punkt vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheidungen zu Nordirland zu thematisieren. Ich stellte klar, dass ich die vorherige Linie des Vereinigten Königreichs in keiner Weise befürworte, erklärte jedoch, dass ich mir Sorgen mache, dass nordirische Unternehmen in Schwierigkeiten geraten könnten. Ich erhielt eine sehr ausführliche Antwort und Herr Dovžan schien großes Verständnis zu haben. Er erklärte, dass der Vizepräsident der Kommission, Maroš Šefčovič, Nordirland besucht und mit Unternehmensverbänden und lokalen Organisationen gesprochen habe. Er arbeite an verschiedenen Lösungsansätzen und erwarte, dass die Kommission einen Vorschlag unterbreiten werde, der sowohl für den Rat als auch für das Vereinigte Königreich annehmbar ist. Die Kommission hat sich inzwischen klar von ihren vorherigen Erklärungen, dass über das Nordirland-Protokoll nicht neu verhandelt wird, entfernt (zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hatten sich das Vereinigte Königreich und die Kommission noch nicht über die Rolle des Europäischen Gerichtshofs geeinigt).

Zum Schluss fand noch ein Arbeits-Abendessen statt, an dem auch Jelko Kacin, Staatssekretär im Büro des Premierministers, nationaler Logistikkoordinator für die COVID-Impfkampagne und ehemaliger slowenischer NATO-Botschafter, als Gastredner teilnahm. Er sprach über das COVID-Impfprogramm in Slowenien und erklärte, dass der langsame Impffortschritt in Slowenien darauf zurückzuführen sei, dass Astra Zeneca seine Lieferverpflichtungen nicht eingehalten habe. Anschließend wurde über das Thema der Lieferungen von Atom-U-Booten der USA und des Vereinigten Königreichs an Australien gesprochen. Diese Lieferungen wurde mehrheitlich kritisiert. Herr Kacin, der sein NATO-Barett trug, erklärte, dass es sehr wichtig sei, dass wir unsere Position im Pazifik angesichts der Bedrohungen durch China stärken. Es sei nicht überraschend, dass man auf U-Boote mit Atomtrieb setze, weshalb die U-Boote auch zwingend aus den USA und dem Vereinigten Königreich, dessen U-Boote mit US-Technologie ausgerüstet sind, kommen müssten.

Damit endete der von allen Teilnehmern als äußerst gelungen empfundene Besuch.

**Robert Moreland**

ED, Vereinigtes Königreich (1979 - 1984)

[horseferry@yahoo.com](mailto:horseferry@yahoo.com)

## REFLEXIONEN DER JUGENDLICHEN DISKUSSIONSTEILNEHMER

Bei der Veranstaltung „Europa – gestern, heute und morgen“ wurde die Jugend von drei Diskussionsteilnehmern vertreten: Nika Podakar und Urban Lečnik Spaić, Jurastudenten an der Universität Ljubljana, und Maja Kalin, Vorsitzende der Studentenorganisation Sloweniens. Sie hatten Freude an der vielschichtigen Diskussion, bei der die Teilnehmer über die vergangenen, aktuellen und künftigen Perspektiven der EU sprechen konnten. Insbesondere fanden sie, dass die Diskussionsrunde eine gute Kombination aus politischer Erfahrung und Fachkenntnis bot, die jeweils von den ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den EU-Rechtsexperten eingebracht wurde, mit denen die Vertreter der Jugend über das Thema Rechtsstaatlichkeit sprachen.

Positiv wurde auch der Umstand hervorgehoben, dass die Veranstaltung ihnen die Möglichkeit bot, mitzureden, und dass ihrer Stimme bei der Diskussion über die Zukunft Europas angemessen Gehör geschenkt wurde. Entsprechend wurden die Beteiligung der Jugend an europäischen Wahlen und die Bedeutung der Demokratie für die jüngeren Generationen in adäquater Weise thematisiert.

Nika Podakar machte noch folgende Bemerkung zur Europäischen Union und zur Diskussionsrunde:

„Ich bin 1999 geboren und somit war die Europäische Union Teil meines Lebens, solange ich denken kann. Ich habe keine Erinnerung an die Zeit, als Slowenien noch kein Mitglied der Europäischen Union war – für mich ist die Europäische Union immer präsent gewesen. Das heißt aber nicht, dass ich keine Kritik an der Europäischen Union übe. Kritik ist der erste Schritt, um die Situation zu verbessern oder zu korrigieren. Deshalb kam der runde Tisch „Europa – gestern, heute und morgen“ so gelegen. Ich habe mich über die Gelegenheit gefreut, meine Meinung – die Meinung der jungen Menschen – zu dieser Union zu äußern. Die Tatsache, dass ich kritisch bin, bedeutet nicht, dass ich die europäische Zusammenarbeit ablehne; im Gegenteil, ich möchte, dass sie noch enger, noch wirksamer wird. Ich möchte dazu beitragen, ein neues Kapitel in der Europäischen Union aufzuschlagen.“

Die Diskussionsteilnehmer freuen sich darauf, künftig an ähnlichen Veranstaltungen teilzunehmen und werden weiterhin aktiv Themen zur Sprache bringen, was für ein starkes, blühendes und jungliches Europa wichtig ist.

***Nika Podakar***

und

***Urban Lečnik Spaić***

Estudiantes de Derecho en la Universidad Ljubljana

urban.lecnik.spaic@gmail.com

und

***Maja Kalin***

Presidente de la Organización de Estudiantes Escolares de Eslovenia.

[maja.kalin@dijaska.org](mailto:maja.kalin@dijaska.org)

Dieser Text ist das Ergebnis einer Videokonferenz mit ehemaligen Mitgliedern des Parlaments und des Kongresses im Juli. Teilnehmer waren M. A. Martínez-Martínez (S&D, Spanien), C. Boustany (R-LA), Bart Gordon (D-TN) und ich selbst.

Die Debatte wurde von R. Wike vom Pew Research Center moderiert. Wir alle vier verfügen über umfangreiche Erfahrungen in den transatlantischen Beziehungen, was zu einer lebhaften und angeregten Debatte mit dem Titel "Brauchen die amerikanischen und europäischen Systeme eine umfassende Reform? Diese Frage nach dem Wesen der Demokratie in unserer Gesellschaft und den Bedrohungen des liberalen Rechtsstaates ist - auch angesichts der durch die Pandemie verursachten Unsicherheit - auf beiden Seiten des Atlantiks von entscheidender Bedeutung. Sie wirft auch sofort weitere Fragen auf: Inwieweit vertrauen die Bürger ihren Regierungen noch, gibt es in dieser Hinsicht Parallelen zwischen der amerikanischen und der europäischen Gesellschaft, und wo stehen wir bei der Zusammenarbeit im Rahmen einer Partnerschaft?

Auf die Frage nach dem Zustand der Demokratie antworteten 59 % der Amerikaner und 48 % der Europäer, dass sie sich Sorgen über die Funktionsfähigkeit dieser Staatsform machen. Es ist zwar zu beobachten, dass autoritäre Regime auch in dieser Krisenzeit funktionieren und in der Lage sind, ihre Bürger zu schützen.

2. Beobachtung: Die öffentliche Meinung wird weniger durch Daten und Analysen bestimmt, da der digitale Wandel kurze und schnelle Nachrichten und oft Falschmeldungen hervorbringt.

3. Beobachtung: Da die Lösungen für große Probleme komplex und schwierig sind, wächst das Misstrauen der Bürger gegenüber ihren Regierungen. Die Teilnehmer waren sich einig über die Bedeutung und Dringlichkeit der Aufgabe, das Vertrauen in die Regierungen wiederherzustellen.

4. Beobachtung: Die Beziehungen zwischen der EU und den USA haben sich in den letzten Jahren schrittweise verändert. Bereits Präsident Obama hat das Handelsabkommen mit den pazifischen Nachbarn aktiv gefördert und neue geopolitische Prioritäten gesetzt.

Nach dem Scheitern von TTIP und Trumps Protektionismus lassen sich zwei neue Trends beobachten. Einerseits hat sich Präsident Biden zu einem strukturierten Dialog bereit erklärt, und die ersten Verhandlungen sind wieder aufgenommen worden. Auch wenn das Ziel künftiger Abkommen weniger ehrgeizig sein mag, wäre das Erreichen von Teilabkommen bereits ein Fortschritt nach dem Stillstand der letzten Jahre. Darüber hinaus werden in modernen Handelsabkommen auch gesellschaftlich relevante Themen wie Umwelt- und Sozialstandards behandelt. Warum also nicht einen "transatlantischen Green Deal" oder eine Strategie für ein "globales Gemeingut" fördern? Oder warum sollte es angesichts der Pandemie nicht eine Gesundheitsgemeinschaft geben?

Derzeit ist kaum von einer Zusammenarbeit mit den USA die Rede, ohne die dritte Macht zu erwähnen: China. Wie können wir unsere Strategie gemeinsam definieren? Und ist die EU stark genug, um ihre spezifischen Interessen zu verteidigen? Es ist offensichtlich, dass das Zeitfenster, das uns zur Verfügung steht, sehr klein ist. Wir befinden uns auf einer Gratwanderung zwischen zwei Extremen: der Verteidigung unserer eigenen Interessen und der Zusammenarbeit mit den USA gegen China. Die EU kann in diesem Konflikt nicht nur Zuschauer sein, unser Bündnis mit den USA hat weiterhin Priorität.

Angesichts der demografischen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums Chinas wird in nicht allzu ferner Zukunft ohnehin ein gemeinsames Vorgehen erforderlich sein.

Der Multilateralismus im dritten Jahrtausend lässt sich am besten mit "Ordnung aus der Unordnung machen" beschreiben. Die EU ist ein starker Befürworter multilateraler Systeme, stellt aber fest, dass diese manchmal an ihre Grenzen stoßen. Die USA und die EU sollten eine koordinierte Strategie entwickeln, um Institutionen wie die UN, die WTO und die WHO zu modernisieren und effizienter zu machen.

Auch in der NATO hat sich das traditionelle Gleichgewicht verschoben. Die EU muss ihre strategische Autonomie im Verteidigungsbereich stärken, was bedeutet, dass sie vor der Herausforderung steht, ihre Sicherheitspolitik zu mutualisieren.

Alle vier von uns waren auch Mitglieder der 1972 gegründeten interparlamentarischen Delegation EU-USA. Die Arbeiten im Rahmen des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber werden seit 1999 durchgeführt.

Im Jahr 2020 haben die Abgeordneten beider Seiten den Kampf gegen die Pandemie als eine Priorität für die Zusammenarbeit festgelegt. Forschung, Entwicklung und Vertrieb von Impfstoffen und Medikamenten gegen COVID-19 müssen in transatlantischer Solidarität finanziert werden, um die Gesundheitskrise gemeinsam zu bewältigen.

Es gibt eine starke transatlantische parlamentarische Agenda auch für den Kampf gegen Desinformation und die Gestaltung der globalen digitalen Wirtschaft. Die Gesetzgeber zeigen in ihren Erklärungen oft mehr Mut als ihre Führungskräfte.

Wenn wir unsere Partnerschaft beschreiben, dürfen wir nie vergessen, dass die größte Affinität zwischen den USA und Europa in Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten besteht.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl  
EPP, Germany (1989 - 2019)  
gqr@quisthoudt.eu

FOKUS

**Der Mehrwert der Union**

## Binnenmarkt

Der Binnenmarkt in all seinen Dimensionen ist eine wesentliche Triebfeder der Volkswirtschaften der EU. Wie im Cecchini-Bericht festgestellt und seither immer wieder bestätigt wurde, hat die Beseitigung von Hindernissen für den innergemeinschaftlichen Handel zu einem signifikanten Anstieg des BIP geführt. Zudem wurden Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen. Den Verbrauchern brachte der Binnenmarkt mehr Auswahl und niedrigere Kosten. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, den Binnenmarkt zu verlassen, zeigt jetzt ebenfalls, welche Auswirkungen es hat, wenn der freie Verkehr eingeschränkt wird.

Doch der Mehrwert des Binnenmarkts geht weit darüber hinaus. Mit dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital (und Wissen) als zentralem Grundpfeiler ermöglicht der Binnenmarkt, Ressourcen in vielen Bereichen, wie beispielsweise auch im Energie- und Digitalsektor, innerhalb der EU deutlich effizienter zuzuordnen. Auch der freie Personenverkehr bietet einen wirtschaftlichen Vorteil – ein Aspekt, auf den im öffentlichen Diskurs nicht ausreichend hingewiesen wurde, was vermutlich auf die Kontroverse in Verbindung mit der internen Arbeitsmigration zurückzuführen ist. So erlebt das Vereinigte Königreich derzeit, welche Folgen eine Verhängung von Beschränkungen mit sich bringt. Der freie Kapitalverkehr schafft nicht nur einen viel größeren Pool an Investitionskapital für Unternehmen in der gesamten Union, indem er paneuropäische Fonds nutzt, sondern bietet auch bessere Kontrollmöglichkeiten (wenngleich die Vorteile noch begrenzt sind, da der Aufbau einer Kapitalmarktunion noch nicht abgeschlossen ist).

Die Schaffung solcher öffentlichen Güter auf gesamteuropäischer Ebene ist ein weiterer Vorteil des Binnenmarktes. Dazu gehört beispielsweise ein gemeinsames Konzept für den Verbraucher- und Datenschutz, die Schaffung eines besseren Geschäfts- und Innovationsumfelds durch die Beseitigung unnötiger rechtlicher Hindernisse sowie die Festlegung von Normen und die Schaffung einer gemeinsamen Wettbewerbspolitik und einer Kontrolle öffentlicher Subventionen, die Unternehmen und Regierungen einschränkt. Eine Rechtsordnung, die für alle Marktteilnehmer über nationale Grenzen hinweg gleichermaßen gilt, ist nicht nur von Vorteil, sondern eine einzigartige Errungenschaft. Der Zusammenhalt innerhalb des Binnenmarktes ist der Hauptgrund dafür, dass die EU-Grenzen selbst während der schlimmsten Phase der COVID-Pandemie im Gegensatz zu anderen Ländern im Wesentlichen offenblieben.

Dies verweist auf den politischen Mehrwert des Binnenmarktes. So hat der Binnenmarkt den Zusammenhalt und die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten gestärkt und den Grundstein für die Einführung des Euro gelegt. Zugleich ist er ein entscheidender geopolitischer und geoökonomischer Faktor, der die Europäische Union in die Lage versetzt, weit über das Gewicht jedes einzelnen Mitgliedstaats hinauszuwachsen. Im Prinzip ist der Binnenmarkt der entscheidende Grund dafür, dass die EU nach wie vor eine bedeutende Rolle auf globaler Ebene spielt, auch wenn sie relativ an Bedeutung einbüßt. Was den Binnenmarkt betrifft, so ist er in seiner Gesamtheit erheblich größer als die Summe seiner Einzelteile.

Dennoch ist der Binnenmarkt bei weitem nicht perfekt. Neben zahlreichen, noch offenen Bereichen fehlt es an einer Reihe von entscheidenden Mechanismen, mit Hilfe derer manche Folgen der wirtschaftlichen Verflechtung und Marktliberalisierung ausgeglichen werden könnten. So sind beispielsweise die Instrumente noch recht begrenzt, um soziale Auswirkungen oder öffentliche Ausgaben von unterschiedlicher Höhe, die sich aus der jeweiligen Haushaltslage ergeben, anzugehen.

Hinzu kommt, dass der Binnenmarkt ursprünglich eingerichtet wurde, um den Handel und Austausch zwischen den Mitgliedstaaten zu regulieren. Doch nun muss er sich global ausrichten, sowohl perspektivisch als auch in puncto seiner Mechanismen. Die EU befindet sich in Zeiten des globalen Umbruchs: vom technologischen/digitalen bis hin zum grünen/nachhaltigen Wandel, von geoökonomischen Trends bis hin zu COVID. Der Binnenmarkt muss sich entsprechend weiterentwickeln, um diese Herausforderungen zu meistern. Dazu gehört insbesondere auch der Klimawandel, der zur existenziellen Bedrohung unserer Zeit geworden ist.

Um weiterhin eine bedeutende Rolle zu spielen und den Mehrwert zu erzielen, den der Binnenmarkt zweifellos bisher erbracht hat, muss er sich fortlaufend anpassen und weiterentwickeln. Dabei gilt es auch, einige der heiligen Kühe wie die Wettbewerbspolitik in Frage zu stellen, um effektivere Instrumente zur Bewältigung der globalen Herausforderungen zu finden. Dazu gehört eine wirksamere Industriepolitik und ein angemessenes Maß an strategischer Autonomie und digitaler Souveränität, um den vielfältigen Herausforderungen, denen wir weltweit gegenüberstehen, zu begegnen. Hierzu muss die EU ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit einem gemeinsamen makroökonomischen Rahmen schaffen, wie er in den Vorschlägen der echten WWU vorgesehen ist (d. h. Strukturreformen, Steuer- und Geldpolitik), aber auch einen mikroökonomischen Rahmen, der proaktive sektorale und mikroökonomische Interventionen umfasst.

***Fabian Zuleeg***

Chefvolkswirt und Exekutivdirektor des European Policy Centre (EPC)

[F.Zuleeg@epc.eu](mailto:F.Zuleeg@epc.eu)

## **TRANSFORMACIÓN DE LA ALIMENTACIÓN Y LA AGRICULTURA EN EUROPA**

### ***Cambiar la forma de cultivar: Contribución ecológica a los sistemas alimentarios y agrícolas sostenibles***

Tenemos que transformar el sistema alimentario y agrícola europeo. El actual modelo agrícola dominante, basado en la producción intensiva en la utilización de insumos, resulta perjudicial para nuestros recursos naturales y servicios ecosistémicos. Impulsa la pérdida de hábitats y biodiversidad, contribuye a la crisis climática, contamina el suelo y las masas de agua y amenaza los medios de vida rurales cuando numerosos agricultores tienen dificultades para ganarse la vida dignamente.

Los alimentos y la agricultura ecológicos y sus principios de cuidado, salud, ecología y equidad son parte de la solución a muchos de estos retos. Las prácticas orgánicas y agroecológicas pueden reducir las emisiones, reducir nuestra dependencia respecto a insumos externos, cerrar los ciclos de nutrientes y promover los suelos fértiles<sup>1</sup>. Proporcionan beneficios para el

---

<sup>1</sup> [https://www.iddri.org/sites/default/files/PDF/Publications/Catalogue%20Iddri/Etude/201904-ST0219-TYFA%20GHG\\_2.pdf](https://www.iddri.org/sites/default/files/PDF/Publications/Catalogue%20Iddri/Etude/201904-ST0219-TYFA%20GHG_2.pdf) (página 3)

agua, la biodiversidad y el bienestar animal y contribuyen a una remuneración justa de los productores.

Junto con los cambios en la dieta, como comer menos y mejor carne, reducir el desperdicio de alimentos y aplicar las políticas adecuadas, la agricultura ecológica forma parte de la solución para transformar nuestros sistemas alimentarios y agrícolas y reducir significativamente el impacto de la agricultura en nuestro medio ambiente y en el clima.

Como [movimiento ecológico europeo](#), nuestra visión del futuro de la agricultura es la de un sistema alimentario y agrícola justo, respetuoso con el medio ambiente, saludable y solidario para 2030. En su estrategia «De la granja a la mesa», la Comisión propone la consecución del objetivo de un 25 % de tierras cultivadas ecológicamente de aquí a 2030. Este objetivo y el nuevo Plan de Acción sobre Agricultura Ecológica de la UE<sup>2</sup> constituyen hitos en el camino hacia la realización de esta visión.

Situar la agricultura ecológica en el centro de una transición hacia sistemas alimentarios sostenibles constituye una opción inteligente por parte de la Comisión. La producción ecológica se define legalmente a escala de la UE, proporciona importantes beneficios medioambientales, constituye un modelo económico de éxito para los agricultores, y se basa en la minimización de los insumos externos y en unos precios más justos y estables. Además, la agricultura ecológica es un movimiento dinámico e innovador que trabaja en una transición de la agricultura europea a la agroecología, así como un [mercado que crece cada año](#).

### ***Crear un futuro mejor adoptando las políticas adecuadas***

Varias políticas configurarán el futuro de la alimentación y la agricultura en Europa. En el Pacto Verde Europeo se refiere el deseo de que Europa alcance la neutralidad climática de aquí a 2050 y «se tratan ampliamente los desafíos de los sistemas alimentarios sostenibles y se reconocen los vínculos inextricables entre personas sanas, sociedades sanas y un planeta sano.»<sup>3</sup>

Para contribuir a la consecución de estos objetivos, tanto la estrategia «De la granja a la mesa» como la de la UE en materia de biodiversidad establecen un objetivo ambicioso, pero alcanzable de un 25 % de tierras cultivadas ecológicamente en Europa de aquí a 2030, así como una reducción del 50 % en el uso de plaguicidas y de la misma proporción en las ventas de antimicrobianos en la ganadería y la acuicultura.

Un testimonio de la importancia de la estrategia «De la granja a la mesa» es el informe de iniciativa del Parlamento Europeo, al que los diputados al PE presentaron más de 2 200 enmiendas. En su proyecto de informe, el Parlamento acogió favorablemente el reconocimiento por parte de la Comisión de la agricultura ecológica como un componente crucial en la transición hacia sistemas alimentarios más sostenibles, y destacó la importancia

---

<sup>2</sup> El Plan de Acción sobre Agricultura Ecológica de la Unión incluye numerosos puntos adaptados al ulterior desarrollo de la producción y el consumo ecológicos, entre los que figuran unos criterios mínimos obligatorios respecto a la producción ecológica en la contratación pública, el acotamiento de al menos el 30 % del presupuesto de Horizonte Europa a temas que atañan al sector ecológico, y acciones en materia de fiscalidad y el coste real de los alimentos.

<sup>3</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/ES/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0381&from=EN>

del Plan de Acción sobre Agricultura Ecológica de la Unión para el desarrollo de este tipo de actividad. Sin embargo, el informe ha sido objeto de intensas presiones por parte de las organizaciones de agricultores convencionales, rechazando objetivos y defendiendo el *statu quo*.

### ***Seguimiento de políticas para garantizar la transformación***

El 23 de septiembre de 2021, el Parlamento Europeo, la Comisión y el Consejo de la Unión Europea celebraron la [puesta en marcha del nuevo Día ecológico de la UE anual](#). Esta fue una de las 23 acciones presentadas en el Plan de Acción sobre Agricultura Ecológica de la Unión. En los próximos años, el Día ecológico de la Unión constituirá la oportunidad ideal para evaluar los avances de Europa hacia la consecución de su objetivo de alcanzar un 25 % de tierras cultivadas ecológicamente en 2030, las tendencias en la demanda de los consumidores, la sensibilización respecto a lo ecológico en la cadena de suministro y la puesta en práctica del sobre Agricultura Ecológica de la Unión. Como movimiento orgánico europeo, contribuiremos a su éxito mediante el seguimiento de su ejecución sobre el terreno.

### ***El papel de la política agrícola común en nuestro sistema agrícola***

Para garantizar que Europa alcance los objetivos del Pacto Verde Europeo y las estrategias «De la granja a la mesa» y en materia de biodiversidad, los planes estratégicos nacionales respecto a la política agrícola común (PAC) son cruciales. A pesar del decepcionante acuerdo respecto al Reglamento sobre los planes estratégicos de la PAC, los Estados miembros siguen asumiendo la enorme responsabilidad de garantizar que la próxima PAC aborde el colapso de nuestra biodiversidad y la crisis climática, y contribuya a la transición hacia un sistema alimentario y agrícola sostenible. El reciente estudio de IFOAM Organics Europe «[Prospects & developments for organic in national CAP Strategic Plans](#)» (Perspectivas y avances de la agricultura ecológica en los planes estratégicos nacionales de la PAC) ilustra los esfuerzos que todos los países deben realizar para alcanzar sus posibles objetivos nacionales, lo que debería contribuir equitativamente a la consecución del objetivo medio del 25 % de la UE.

Al apoyar a la agricultura ecológica en sus planes estratégicos de la PAC, los Estados miembros disponen en teoría de una herramienta poderosa para abordar el colapso de nuestra biodiversidad, que ha constituido una realidad en el campo europeo durante décadas. [Lea el informe en el que se destaca la contribución de la agricultura ecológica a la protección de la biodiversidad europea](#) en consonancia con los objetivos de la Estrategia sobre la biodiversidad.

### ***El camino por delante: la necesidad de una verdadera transformación***

Tras la publicación de la Estrategia «De la granja a la mesa», la Comisión comenzará a trabajar en un marco legislativo respecto a los sistemas alimentarios sostenibles que promueva la coherencia de las políticas a escala nacional y de la UE. El movimiento ecológico europeo se esfuerza por garantizar que dicho marco reconozca las prácticas ecológicas y otras de índole agroecológica. Es importante que este marco constituya una verdadera palanca para transformar la alimentación y la agricultura y no deje margen para el «blanqueo ecológico» y la dilución de los principios ecológicos de cuidado, salud, ecología y equidad.



Con demasiada frecuencia, del proceso de toma de decisiones sobre cuestiones agrícolas se apoderan intereses creados que luchan por «que las cosas sigan como están» y se oponen a cualquier cambio. Sin embargo, cada vez más estudios científicos demuestran que una transición a la agroecología es viable y aportará numerosos beneficios al clima y a la biodiversidad, al tiempo que garantizará la capacidad de exportación de los productos que la UE destina habitualmente al exterior, como los lácteos y el trigo<sup>4</sup>.

Para garantizar la salud de las personas y del planeta, tenemos que transformar el sistema alimentario y agrícola de Europa, alejándolo de un modelo quebrado e intensivo en la utilización de insumos. Las estrategias «De la granja a la mesa» y sobre Biodiversidad son cruciales para lograr el Pacto Verde de la UE, y la agricultura ecológica forma parte de la solución.

*[IFOAM Organics Europe](#) es la organización marco europea para la alimentación y la agricultura ecológicas que lucha por la adopción de sistemas sólidos desde el punto de vista ecológico, social y económico y basados en los principios de la agricultura ecológica: salud, ecología, equidad y cuidado. Representa a [casi 200 miembros](#) en la UE-27, los países candidatos a la adhesión a la UE y la Asociación Europea de Libre Comercio (AELC). Entre los miembros de IFOAM Organics Europe figuran representantes de toda la cadena alimentaria ecológica y de otros ámbitos: agricultores, procesadores y comerciantes, minoristas, certificadores, consultores e investigadores de organismos medioambientales y de defensa del consumidor.*

**Eduardo Cuoco**

Director of International Federation of Organic Agriculture Movements - IFOAM  
director@organicseurope.bio

## Die Union des Mehrwerts: Die Bedeutung Europas für den Tourismussektor

---

<sup>4</sup> [https://www.iddri.org/sites/default/files/PDF/Publications/Catalogue%20iddri/Etude/201904-ST0219-TYFA%20GHG\\_2.pdf](https://www.iddri.org/sites/default/files/PDF/Publications/Catalogue%20iddri/Etude/201904-ST0219-TYFA%20GHG_2.pdf) (página 16)

Der Tourismus in Europa ist einer der am stärksten von der COVID-19-Pandemie betroffenen Sektoren und befindet sich in einer noch nie dagewesenen Krise. In der Industriestrategie der Europäischen Kommission wird unser Sektor als der „am härtesten betroffene“ bezeichnet. Positiv betrachtet hat diese Krise jedoch endlich den tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Wert des Reise- und Tourismussektors in Europa aufgezeigt und der Besucherwirtschaft die Aufmerksamkeit geschenkt, die sie verdient.

Der Tourismus ist das Herzstück der EU-Wirtschaft und des täglichen Lebens der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Vor der COVID-19-Pandemie war der Tourismus der drittgrößte Wirtschaftszweig in der EU. Er stimuliert europaweit das Wirtschaftswachstum und schafft Einkommen, Beschäftigung und Investitionen in der Region. Zur Veranschaulichung: 2019 machte der Tourismus mehr als 10 % des gesamten Bruttoinlandsprodukts der EU aus und bot für über 27 Millionen Menschen Arbeitsplätze.

Der Tourismus ist nicht nur ein Geschäft. Die Besucherwirtschaft bringt Europa eine Fülle von sozialen Vorteilen, denn sie bietet jungen Menschen oft die erste Beschäftigungsmöglichkeit, hilft bei der Bekämpfung von Rassismus und regionalen Ungleichheiten, verbindet Menschen und ihre Kulturen und trägt gleichzeitig zu einer erhöhten Nachfrage nach lokalen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Kunsthandwerk und Gastronomie bei.

Trotz dieser beeindruckenden Zahlen wurde der Tourismus viele Jahre lang für selbstverständlich genommen und sein Wert übersehen. Der Sektor wurde von der EU-Politik oft nicht berücksichtigt und komplett zur Ländersache erklärt. Seit Dezember 2009 hat die Tourismuspolitik ihre Rechtsgrundlage auf EU-Ebene; Sie verfügt jedoch immer noch nicht über eine eigene Haushaltlinie. Diese fehlenden europäischen Maßnahmen und Unterstützung haben den Sektor gebremst und die Entfaltung echter europäischer Tourismusinitiativen behindert.

Gleichzeitig darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments den Tourismussektor sehr gefördert und seine Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger der EU anerkannt haben. Insbesondere hat das Europäische Parlament vorgeschlagen, im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für den Zeitraum 2021 bis 2027 300 Millionen Euro für nachhaltigen Tourismus bereitzustellen. Während der Pandemie haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments immer wieder eine stärkere Unterstützung des Sektors gefordert und einen Sonderbericht über die Ausarbeitung einer EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus veröffentlicht.

Während der COVID-19-Krise haben wir gelernt, wie wichtig die europäische Zusammenarbeit ist. Wir haben erneut erfahren, was es bedeutet, mit Grenzen und Reisebeschränkungen in der EU zu leben, und welche entscheidenden Auswirkungen dies auf unser Leben hat. Nur wenn wir im Geiste der europäischen Solidarität zusammenarbeiten, werden wir in der Lage sein, diese verheerende Krise zu überwinden.

Das digitale COVID-Zertifikat der EU hat sich als großer Erfolg herausgestellt und die Wiederbelebung des Reiseverkehrs in der EU in diesem Sommer angekurbelt und einmal mehr gezeigt, wie wichtig Europa und gesamteuropäische Lösungen für den Reiseverkehr sind. Es ermöglichte den EU-Regierungen, ihre Reiseanforderungen besser zu koordinieren, und öffnete den Reisezielen die Tür, um Reisende früher als gedacht wieder willkommen zu heißen. Aktuell wird das Zertifikat bereits zu einem internationalen Standard und beweist, dass die europäische Zusammenarbeit auch für die internationale Gemeinschaft von Vorteil ist.

In enger Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen, nationalen Behörden, Reisezielen und der Privatwirtschaft müssen wir einen nachhaltigen, digitalen, bewussten und resilienten

europäischen Tourismussektor neu erfinden und überdenken. Wir müssen unseren Kontinent nicht nur in Sachen Touristenzahlen, sondern auch in Sachen Wettbewerbsfähigkeit wieder an die Weltspitze bringen. Unser Ziel und unsere kommende Aufgabe ist es, Europa als das weltweit führende Reiseziel in Sachen Wert und Qualität zu erhalten. Wir müssen gemeinsam einen neuen weltweiten Maßstab für den Tourismus schaffen, um dem exponentiellen Wachstum und den Exzessen der Vergangenheit zu begegnen.

Aus diesem Grund begrüßen die Europäische Reisekommission und unsere 33 nationalen Tourismusorganisationen nachdrücklich die laufenden Arbeiten zur Entwicklung des Übergangspfads für den Tourismus als Teil der neuen Industriestrategie und der kommenden EU-Tourismusagenda 2030–2050. Es bedarf ausreichender finanzieller Mittel und politischer Unterstützung, um Kleinstunternehmen und KMU im Tourismus sowie Familienbetriebe - das Rückgrat, das mehr als 80 % der Branche ausmacht - dabei zu unterstützen, ihre Tätigkeit digital und umweltfreundlich umzugestalten, wobei der Mensch im Mittelpunkt stehen muss: Touristen, Einheimische und Arbeitnehmer.

Mit dem Neustart haben wir nun die einmalige Gelegenheit, den Tourismus umzugestalten und sicherzustellen, dass die Branche den digitalen und umweltfreundlichen Wandel vorantreibt. Nur gemeinsam als Europa können wir den Tourismus von morgen gestalten.

**Eduardo Santander,**

Vorsitzender, Europäische Reisekommission  
und der Vorstand der ETC

### **COVID-19: Ein Treiber für mehr Zusammenhalt im Gesundheitswesen?**

Ob physisch, mental oder sozial – die Coronavirus-Pandemie hat uns alle mehr oder weniger stark betroffen. Zugleich veranlasste sie uns darüber nachzudenken, was wirklich von Bedeutung ist. Sie brachte Systemmängel und einen fehlenden Zusammenhalt im Gesundheitsbereich in sämtlichen EU-Mitgliedstaaten zu Tage. So wurde ersichtlich, dass die unterschiedlichen nationalen Gesundheitsversorgungssysteme zu einer ungleichen Versorgung und Behandlung von Patienten innerhalb der gesamten EU führen. Sie erinnerte uns auch daran, dass das Hauptziel Europas, einen gleichberechtigten und uneingeschränkten Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung sicherzustellen, noch lange nicht erreicht ist. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Qualität der Gesundheitsversorgung mit der Fähigkeit der EU-Mitgliedstaaten zusammenhängt, in die Gesundheits- und Erstattungssysteme zu investieren. Zugleich verdeutlichte die Pandemie den Mehrwert der EU, indem letztere die gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung von Gesundheitskrisen dieser Dimension unterstützt und steuert. Schließlich wurde die zentrale Rolle medizinischer Geräte bei der Bekämpfung von Pandemien aufgezeigt, wie z. B. Geräte zur Patientenüberwachung, zur Beatmung, zur medizinischen Bildverarbeitung und zur Strahlentherapie sowie die Nutzung digitaler Anwendungen und Daten im Gesundheitswesen.

Während wir die Pandemie nun schrittweise überwinden, sind alle Anstrengungen auf die Erholung der Wirtschaft und die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme gerichtet. Die

EU nutzt entsprechend ihre Struktur- und Kohäsionsinitiativen für ein gesundes, zukunftsfähiges Europa. Vorrangig muss Europa dafür sorgen, dass die Versorgungsketten in der EU reibungslos funktionieren. Darüber hinaus gilt es, eine intelligente Bevorratung von Produkten für medizinische Maßnahmen – wie persönliche Schutzausrüstung, Arzneimittel und Medizinprodukte – zu betreiben, um im Falle eines gesundheitlichen Notstands entsprechend gerüstet zu sein. Darüber hinaus muss die EU die Initiativen der Mitgliedstaaten unterstützen, um die Widerstandsfähigkeit der jeweiligen Gesundheitsversorgungssysteme – je nach Zustand – zu verbessern. Bekanntlich gibt es kein allgemeingültiges Konzept, wenn es um die Gesundheitsversorgung geht. Dies trifft auch auf künftige Gesundheitskrisen zu. Durch den Einsatz ihrer bewährten und innovativen Finanzierungsinstrumente kann die EU die Investitionskapazitäten der Mitgliedstaaten verbessern und ihnen helfen, ihren derzeitigen und künftigen Bedarf an hochwertiger Gesundheitsversorgung zu decken. Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) in Verbindung mit der befristeten Förderregelung NextGenerationEU und ihren Säulen – Recovery & Resilience Facility (Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF)) und Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU)) – sind unerlässlich zur Förderung der allgemeinen Erholung und der Widerstandsfähigkeit. Die EU-Finanzierungsinstrumente tragen zudem entscheidend zu einem wirklichen regionalen Zusammenhalt im Gesundheitssektor bei. Um dies zu erreichen, müssen sie rasch Investitionen in die Entwicklung von widerstandsfähigen nationalen Gesundheitssystemen mobilisieren.

EU-Finanzierungsmechanismen können einen gleichberechtigten und uneingeschränkten Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung für Bürger der Europäischen Union fördern. Der Zugang zu Präzisionscreening, hochwertiger Frühdiagnose und personalisierter Behandlung kann mehrere Vorteile bieten: von besseren klinischen Ergebnissen und stärkerer Patientenorientierung bis hin zu höherer Zufriedenheit der Beschäftigten im Gesundheitswesen und effizienteren Gesundheitssystemen im gesamten Versorgungsprozess. Darüber hinaus kann die frühzeitige Erkennung und Diagnose einer Krankheit dazu beitragen, weniger invasive Verfahren zu begünstigen, die Überlebensrate zu erhöhen und die Lebensqualität zu verbessern und die allgemeinen Behandlungs- und Pflegekosten zu reduzieren. Durch Investitionen in die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme könnten auch gezielt das zentrale, aber oft unbeachtete Problem der alternden medizinischen Geräte angegangen werden.

Wie in den alle zwei Jahre erscheinenden COCIR-Veröffentlichungen über das „Altersprofil und die Dichte“ der in Europa installierten medizinischen Bildgebungs- und Strahlentherapiegeräte dargelegt wird, besteht ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen dem Innovationstempo und der Rate der Geräteerneuerung. Rund 20 % dieser Geräte sind älter als zehn Jahre. Diese Situation stellt bedeutende Herausforderungen an Patienten, anwendende Fachkräfte und Versicherer. Das heißt: Die Erneuerung medizinischer Geräte wird zu einer Priorität der Gesundheitssysteme, um so den Zugang zu den besten verfügbaren medizinischen Geräten mit sicheren und genauen Verfahren zu gewährleisten. Die Zahl der in der EU installierten Geräte zur medizinischen Bildverarbeitung liegt zwischen >20 und <10 pro 100.000 Einwohner und zeigt eine sehr ungleiche Dichte und Ungleichheiten beim Zugang zu einer hochwertigen Versorgung. Es liegt auf der Hand, dass diese kritische Situation mit Hilfe der EU-Instrumente verbessert werden könnte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass uns die Pandemie trotz allem die Möglichkeit bietet, Effizienzverluste und Ungleichheiten zu begegnen. Mit Unterstützung der EU bietet sich uns derzeit die einmalige Chance, die Investitionslücke im europäischen Gesundheitswesen endlich zu schließen und den Bürgern der Europäischen Union eine hochwertige Gesundheitsversorgung in allen Mitgliedstaaten zu bieten.

**Annika Eberstein**

Interims-Generalsekretärin, COCIR  
eberstein@cocir.org

und

**Ioanna Charalampopoulou**

Public Affairs Managerin, COCIR  
charalampopoulou@cocir.org